



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

II-11223 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 711 62-9100
Teletex (232) 3221155
Telex 61 3221155
Telefax (0222) 73 78 76
DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 5905/27-4-90

52251AB

1990 -05- 23

zu 5289/J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der
Abg. Schieder und Genossen vom 23. März 1990,
Nr. 5289/J-NR/1990, "Anbindung von Wiener
Nahverkehrseinrichtungen an die mögliche
Neue Bahn im Bereich Wien-Auhof"

Ihre Fragen

"Ist im Zuge der geplanten Führung der Westbahn durch einen Tunnel unter Lainz zum neuen Zentralbahnhof geplant, im Bereich Wien-Auhof eine Station zu errichten?"

"Bestehen Konzepte über eine Anbindung des Nahverkehrs an diese Station Wien-Auhof?"

"Ist es geplant, die Vorortelinie (Heiligenstadt-Penzing-Hütteldorf) bis Wien-Auhof zu verlängern und dort an die Neue Bahn anzubinden?"

"Inwieweit ist die Planung der Neuen Bahn im Bereich Wien-Auhof mit dem Verkehrskonzept der Stadt Wien abgestimmt; werden von Seiten des Bundes Gespräche mit der Stadt Wien über eine Verlängerung der U-4 bis Wien-Auhof geführt?"

darf ich wie folgt beantworten:

Im Zuge der Planungen für die Neue Bahn wird zur Zeit auch die Errichtung eines "Bahnhofes Wien" als Durchgangsbahnhof im Bereich des derzeitigen Wiener Südbahnhofes samt Zulaufstrecken untersucht.

- 2 -

Die neu zu errichtende Zulaufstrecke unter dem Lainzer Tiergarten wird eine direkte Schienenverbindung zwischen der West- und der Südbahn schaffen und soll den künftig zu erwartenden Verkehrsströmen weitgehend Rechnung tragen.

Nach der grundsätzlichen Planungsausrichtung ist die Anlage eines Bahnhofes im Bereich Auhof möglich.

Bezüglich der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines solchen neuen Bahnhofes sind noch weitere Abstimmungen mit der Gemeinde Wien erforderlich. Im Zuge dieser Abstimmungen wird auch das Problem der allfälligen Verlängerung der Vorortelinie bzw. der U 4 zu klären sein.

Wien, am 23. Mai 1990

Der Bundesminister

